Arbeitslosigkeit

Der erste Nachkriegsgipfel der Arbeitslosenkurve – verursacht vor allem durch den Zustrom von Vertriebenen – lag Jahre zurück. Mit Ausnahme der ersten Rezession 1967 und 1968 waren stets weniger als 200 000 Menschen im Jahresdurchschnitt arbeitslos gemeldet. Davon war Deutschland Mitte der 90er-Jahre weit entfernt. Die Arbeitslosenzahl bewegte sich um die Vier-Millionen-Marke, 2005 waren im Jahresdurchschnitt sogar 4,86 Millionen arbeitslos gemeldet. Erst danach kam die Wende: Dank der anziehenden Konjunktur, aber wohl auch als Folge der „Hartz-Gesetze" bewegte sich die Arbeitslosigkeit auf die Drei-Millionen-Marke zu. Und die jüngsten welt- bzw europaweiten Wirtschafts- und Finanzkrisen hat Deutschland besser überstanden als die meisten EU-Partner.

Man unterscheidet folgende vier verschiedene Arten der offenen Arbeitslosigkeit:

Friktionelle Arbeitslosigkeit.

Hiervon spricht man, wenn bei einem Arbeitsplatzwechsel zwischen der Aufgabe des bisherigen und der Annahme des neuen Arbeitsplatzes nur ein kurzfristiger Zeitraum liegt.

Saisonale Arbeitslosigkeit

Diese Form der Arbeitslosigkeit ergibt sich vor allem in Branchen, deren Güterproduktion starken jahreszeitlichen Schwankungen unterliegen, wie z. B. in der Landwirtschaft, dem Gaststättengewerbe, der Touristikindustrie oder dem Baugewerbe.

Konjunkturelle Arbeitslosigkeit

Die konjunkturelle Arbeitslosigkeit hat ihre Ursachen in der allgemeinen Abschwächung der wirtschaftlichen Tätigkeit. Die nachlassende Nachfrage führt dazu, dass die Produktion reduziert wird und Arbeitskräfte entlassen werden.

Strukturelle Arbeitslosigkeit

Sie ist in Strukturveränderungen der Wirtschaft begründet, wenn sich ganze Wirtschaftszweige in einer Krise befinden, wie z. B. die Textilproduktion. Strukturelle Arbeitslosigkeit tritt z. B. auch in wirtschaftlich schwächer entwickelten Gebieten, wie etwa in den neuen Bundesländern oder im Bayerischen Wald auf.

Kanzler

1949 bis 1963	1963 bis 1966	1966 bis 1969	1969 bis 1974
Konrad Adenauer CDU	Ludwig Erhard CDU	Kurt Georg Kiesinger CDU	Willy Brandt SPD

1974 bis 1982	1982 bis 1998	1998 bis 2005	2005 bis 2017
Helmut Schmidt SPD	Helmut Kohl CDU	Gerhard Schröder SPD	Angela Merkel CDU

Bundesrat

Der Bundesrat ist neben Bundespräsident, Bundestag, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht eines der fünf ständigen Verfassungsorgane des Bundes und neben dem Bundestag ein weiteres Gesetzgebungsorgan.
Der Bundesrat ist das Bindeglied zwischen dem Bund und den Ländern. Durch ihn können die Länder an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in EU-Angelegenheiten mitwirken.
Der Bundesrat ist an allen Gesetzgebungsverfahren des Bundes beteiligt. Über die Hälfte aller Bundesgesetze können nur mit seiner ausdrücklichen Zustimmung in Kraft treten. Dadurch übt er einen beträchtlichen Einfluss auf die Gesetzgebung des Bundes aus.
Die Vollversammlung des Bundesrates ist das Plenum. Es ist dazu berufen, verbindliche Beschlüsse zu fassen. Der Bundesrat hat 69 ordentliche und - je nach Größe der Landesregierungen - etwa 130 stellvertretende Mitglieder. Die stellvertretenden Mitglieder sind in Rechten und Pflichten den ordentlichen Mitgliedern gleichgestellt.
Die Länder haben ein abgestuftes Stimmengewicht. Es orientiert sich an der Einwohnerzahl:

Bundestag

Wahlfunktion	Bundeskanzler – Hälfte d. Verfassungsrichter – Mitwirkung bei der Bundespräsidentenwahl
Gesetzgebung	Hauptarbeit in verschiedenen Ausschüssen
Kontrolle	Durch Anfragen – aktuelle Stunden – Fragestunden – Petitionen – Haushaltsrecht
Willensbildung und Information	In Debatten öffentliche Auseinandersetzung mit der Opposition

Die Erweiterung der Europäischen Union

28 Mitgliedsländer und sechs Kandidaten

Mit der Unterzeichnung der „Römischen Verträge" am 25. März 1957 wurde die Europäische Gemeinschaft aus der Taufe gehoben. Als offizielles Gründungsdatum der Europäischen Union (EU) gilt der 1. Januar 1958. Gründungsmitglieder waren Belgien, Deutschland, Frank-reich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Diese sechs Staaten hatten bereits mit In-krafttreten des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1952 die Produktion und den Vertrieb in diesem Wirtschaftsbereich unter eine ge-meinsame Verwaltung gestellt. Die EU umfasst heute – nach einer Reihe von Erweiterungen – 28 Mitgliedstaaten. Sechs weitere Länder haben den Status von Kandidatenländern; das heißt, sie haben die Mitgliedschaft beantragt und stehen darüber in Verhandlung mit der EU oder warten auf den Verhandlungsbeginn: Island, Mazedonien, Montenegro, Serbien, die Türkei und seit Juni 2014 auch Albanien.

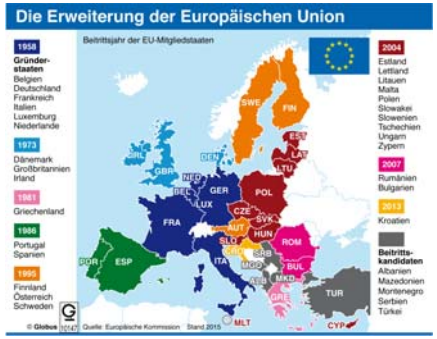
EU-Beitritts-Kriterien

Die Mitgliedschaft in der EU erfordert…

…eine institutionelle Stabilität als Garantie für die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten.

…eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten.

…die Übernahme, Anwendung und Durchsetzung des EU-Gemeinschaftsrechts, des sog. „Acquis Communautaire". Er umfasst die gesamte Gesetzgebung, die im Laufe der letzten 40 Jahre in der Europäischen Gemeinschaft erlassen wurde.
= gemeinschaftliches Kriterium



Marktwirtschaft im Wandel

Die Wirtschaft der Bundesrepublik erholte sich nach dem Zweiten Weltkrieg recht schnell wieder. In den 1950er-Jahren nahm das „Wirtschaftswunder" seinen Lauf, und es gab kaum Arbeitslose. Viele glaubten damals, es ginge nun stetig aufwärts. Doch heute steht Deutschland angesichts der **alternden Bevölkerung** und der **fortschreitenden Globalisierung** vor neuen Herausforderungen. Soziale Marktwirtschaft kann nur dann funktionieren, wenn der Staat für alle Marktteilnehmer verbindliche Spielregeln aufstellt: Einerseits muss es in einer Marktwirtschaft einen freien Wettbewerb geben, in dem alle Unternehmen die gleichen Chancen haben, ihre Produkte und Dienstleistungen zu verkaufen. Das Privateigentum muss geschützt werden, und die Wirtschaftsfreiheiten, etwa Konsumfreiheit, Arbeitnehmerfreiheit, freie Berufswahl oder Gewerbefreiheit, müssen gewährleistet sein. Andererseits muss der Staat für einen sozialen Ausgleich sorgen, damit Einkommen und Vermögen möglichst gerecht verteilt werden. Die Bürger müssen grundsätzlich gegen die größten Lebensrisiken, etwa Arbeitslosigkeit oder Krankheit, abgesichert werden. Allerdings müssen sie auch selbst Verantwortung übernehmen und dürfen sich nicht allein auf staatliche Fürsorge verlassen. In Deutschland und der westlichen Welt ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine der größten Herausforderungen, vor allem angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Mittelpunkt der Politik der Bundesregierung steht derzeit die Frage, wie Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können, um Armut, soziale Ausgrenzung und Ungleichheit zu verhindern. (Soziale) Gerechtigkeit bedeutet heute mehr denn je, dass alle Menschen zumindest annähernd gleiche Chancen haben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Eine gute Ausbildung legt das Fundament; Arbeit, die ein ausreichendes eigenes Einkommen ermöglicht, ist die Basis, um persönliche Ziele verwirklichen zu können. Der weltweite Klimawandel, die wachsenden Umwelteinflüsse und das stärkere ökologische Bewusstsein der Verbraucher verändern unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb wandelt sich die Soziale Marktwirtschaft immer mehr zu einer **ökologisch-sozialen Marktwirtschaft.**

Quelle: www.sozialpolitik.com/soziale_gerechtigkeit

Arbeitsauftrag:

Lies den Text genau durch und kreuze an, ob folgende Aussagen richtig oder falsch sind

Aussage	Richtig	falsch
Die wichtigsten Herausforderungen für die Marktwirtschaft sind die zunehmende Veralterung der Gesellschaft und die Globalisierung	X	
Der Staat muss die Bürger in allen Bereichen absichern		X
Privateigentum behindert die Marktwirtschaft		X
Armut, soziale Ausgrenzung und Ungleichheit sind die größten Probleme, die mit Arbeitslosigkeit einhergehen	X	
Konsumfreiheit, Arbeitnehmerfreiheit, freie Berufswahl oder Gewerbefreiheit gehören zu den Prinzipien der Marktwirtschaft	X	
Der Klimawandel und ein verändertes Verbraucherverhalten führen zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft	X	
Dr. Ludwig Erhard setzte die soziale Marktwirtschaft 1949 politisch durch und wurde später der zweite Bundeskanzler Deutschlands	X	
Die soziale Marktwirtschaft setzt alleine auf die Markregulierung durch den Wettbewerb		X

Die soziale Gruppe

Definition des Gruppenbegriffs

Eine soziale Gruppe umfasst eine **bestimmte Zahl von Mitgliedern** (Gruppenmitglieder), die zur Erreichung eines **gemeinsamen Zieles** (Gruppenziel) über **längere Zeit** in einem relativ **kontinuierlichen Kommunikations- und Interaktionsprozess** stehen und ein Gefühl der **Zusammengehörigkeit** (Wir-Gefühl) entwickeln. Zur Erreichung des Gruppenziels und zur Stabilisierung der Gruppenidentität ist ein **System gemeinsamer Normen** und eine Verteilung der Aufgaben über eine **gruppenspezifische Rollendifferenzierung** erforderlich.

Bestimmungskriterien der Gruppe

Mitgliederzahl

Jede Gruppe umfasst eine Mehrzahl von Mitgliedern – mindestens zwei Personen, nach Oben ist die Mitgliederzahl offen. (Es gibt immer wieder Einwände, die Zweiergruppe nicht als Gruppe anzusehen, weil sie bereits beim Ausscheiden einer Person zerfällt.)

Interaktion

Interaktion ist eine Voraussetzung für das Bestehen einer Gruppe. Die Art und Intensität der Interaktionen kann aber durchaus stark variieren.

Strukturierung

Innerhalb einer Gruppe kommt es zur Verteilung von Rollen an bestimmte Personen. In der Folge entsteht eine Rangordnung. Aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeit der Mitglieder und den wechselnden Umweltanforderungen sind Änderungen in der Rollenverteilung jederzeit möglich.

Gemeinsame Normen

In jeder Gruppe gibt es Verhaltensrichtlinien oder Normen, welche sich aus den Interaktionen heraus entwickeln. Diese haben für die Gruppenmitglieder allgemeine Gültigkeit und die Gruppe wacht über deren Einhaltung. Bei Erfüllung erteilt die Gruppe Belohnung, bei Abweichung setzt sie Sanktionen, wie z.B. Verachtung, Entzug von Rechten,....

Gruppenbewusstsein

Gruppenbewusstsein hat eine geringe Bedeutung für der Definition einer Gruppe, da auch häufig Gruppen ohne Identitätserleben vorkommen.

Dauer

Oft wird eine gewisse Dauer für das Bestehen einer Gruppe als Voraussetzung angesehen – die Untergrenze wird allerdings nicht genau bestimmt. Eine Gruppe kann also eine kurze Zeitspanne, oder auch über Jahre bestehen.

Weltwirtschaftliche Verflechtung

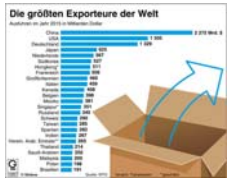
Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit
Deutschland ist die größte Volkswirtschaft in der Europäischen Union und die drittgrößte der Welt. Mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt und der größten Einwohnerzahl in der Europäischen Union ist Deutschland der wichtigste Markt in Europa.

Export
Deutschland ist oft Exportweltmeister: Wichtigste Handelspartner: Frankreich, USA, Großbritannien, Italien. Wegen der hohen Exportorientierung ist Deutschland an offenen Märkten interessiert.

Struktur
Neben international agierenden Konzernen bildet der Mittelstand den Kern der deutschen Wirtschaft. Rund 70% aller Beschäftigten arbeiten in mittelständischen Unternehmen

Wichtige Branchen
Automobilbau, Maschinenbau, Elektrotechnik, Chemie, Umwelttechnologie, Feinmechanik, Optik, Medizintechnik, Bio- und Gentechnologie, Nanotechnologie, Luft- und Raumfahrt, Logistik

Investitionsstandort
Deutschland ist ein attraktiver Standort für ausländische Investoren. Die 500 größten Firmen der Welt sind präsent, insgesamt 22000 ausländische Firmen mit 2,7 Millionen Mitarbeitern.

Infrastruktur
Deutschland verfügt über eine hoch entwickelte und dynamisch wachsende Infrastruktur. Das Schienennetz umfasst 36 000 km, das Straßennetz 230 000 km. Das Land verfügt über eins der weltweit modernsten Telefon- und Kommunikationsnetze

Messen
Etwa zwei Drittel aller global führenden Branchenmessen finden in Deutschland statt (ca. 160 internationale Messen)